



AfD Fraktion Offenbach Berliner Straße 100 63065 Offenbach a.M.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Färber

im Hause

AfD Fraktion Offenbach
Rathaus
Berliner Straße 100
63065 Offenbach am Main
Tel: 069 / 80 65 35 08
Fax: 069 / 85 65 35 09
E-Mail: afd-fraktion@offenbach.de

Offenbach, den 18.05.2018

Antrag

Bericht Auswirkungen des Ramadan auf den Alltag Offenbacher Schulen bzw. deren Schüler/innen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird, in Zusammenarbeit mit dem städtischen, bzw. staatlichen Schulamt, mit der Vorlage eines jährlich aktualisierten Berichtes hinsichtlich der zunehmenden Auswirkungen des Islam, insbesondere des Ramadan, auf die Auswirkungen im Schulalltag beauftragt, der insbesondere auf nachfolgende Aspekte eingehen soll:

- inwieweit eine Beeinflussung des Alltages Offenbacher Schüler/innen durch den moslemischen Fastenmonats Ramadan an Offenbacher Schulen stattfindet,
- welche problematischen Auswirkungen dabei auftreten, insbesondere auch bei der Organisation des schulischen Betriebes,
- ob Fälle bekannt sind, in denen muslimische Kinder von ihren Eltern zum Fasten gezwungen wurden, bzw. werden,
- ob es Fälle gegeben hat, in denen die Teilnahme von Schülern am Ramadan gesundheitliche Auswirkungen im/auf den Schulunterricht hatte und ob in diesen Fällen ein Arzt hinzugezogen werden musste,

- inwieweit sich in den vergangenen Jahren das Tragen des Kopftuches bei muslimischen Schülerinnen an Offenbacher Grundschulen verbreitet, bzw. etabliert hat,
- ob Fälle aufgetreten sind, in denen Schüler/innen von ihren Mitschülern wegen Nichtteilnahme am Ramadan oder des Nichttragens eines Kopftuches, oder aber des Tragens einer Kippa oder ähnlichem, beleidigt, gemobbt oder gar bedrängt wurden,
- welche, bzw. wie viele Schulen und wie viele Schüler/innen davon betroffen sind und/oder ob sich hierbei eine Tendenz für die Zukunft ableiten lässt,
- seit wann die vorstehend beschriebenen Beeinflussungen, bzw. Auswirkungen (des Schulalltages) bereits auftreten und wie seitens der Schulleitungen darauf reagiert wird?

Begründung:

Für viele gläubige Muslime begann am 16. Mai 2018 der alljährlich wiederkehrende Fastenmonat Ramadan, der in diesem Jahr bis zum 14. Juni andauert. In dieser Zeit verzichten gläubige Muslime von der Morgendämmerung bis zum Sonnenuntergang auf Essen und Trinken. Vom Fastengebot ausgenommen sind Kinder, Schwangere, alte und körperlich schwer arbeitende Menschen.

Beobachtungen des Deutschen Lehrerverbandes zufolge, nehmen viele muslimische Schüler das Fasten sehr ernst. Dies könne an Schulen, die über eine nennenswerte Schülerschaft mit Migrationshintergrund verfügen, zu Problemen im Schulalltag führen, beklagt Verbandspräsident Heinz-Peter Meidinger. Immer mehr und immer jüngere muslimische Schüler seien entkräftet und, in Extremfällen, im Unterricht oder bei Sportfesten bereits zusammengebrochen. Schwierig werde es, wenn die religiösen Belange einzelner Schüler alle einschränkten. Dies sei beispielsweise etwa dann der Fall, wenn Eltern ihre Kinder von der Teilnahme am Sport-, bzw. Schwimmunterricht abmeldeten oder Druck auf die Schulleitungen ausübten, während des Fastens keine Prüfungen oder Exkursionen anzusetzen und sich deshalb die Prüfungen für alle Schüler in einem bestimmten Zeitraum massieren, so Meidinger.

Das ZDF berichtete in der heute-Sendung am 17.05.2018 gar, dass immer jüngere muslimische Kinder von ihren Eltern zum Fasten genötigt werden und Muslime zunehmend versuchen Einfluss auf Schulleben und Schulorganisation zu nehmen.

Antragstellerin: Christin Thüne, Stadtverordnete